

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Vor der geplanten Abschiebeoffensive – Wie waren die bisherigen Erfolge des Senators für Inneres beim Thema Abschiebungen?

Der Meinungsmelder von „buten un binnen“ legt offen, was die CDU-Bürgerschaftsfraktion schon seit Jahren von den Bremerinnen und Bremern zurückgespiegelt bekommt: Die große Mehrheit der Bevölkerung (80 Prozent) ist unzufrieden mit der Migrationspolitik des Bremer Senats.

Circa 5 500 Menschen haben an dieser Umfrage teilgenommen und gaben an, dass sie das Thema Migration zurzeit am meisten beschäftigt. Dabei geht es nicht um eine grundsätzliche Ablehnung gegenüber der zu uns kommenden Personen, sondern vielmehr um die Sorge der mangelnden Ressourcen. Sowohl bei der Unterbringung als auch bei der Finanzierung sehen die Menschen erhebliche Defizite im Land Bremen. Wir nehmen seit Jahren Geflüchtete auf, obwohl wir mit unseren Ressourcen wie Kita- und Schulplätze, Sprachkurse, Unterkünfte, Gesundheitswesen und so weiter an unsere Grenzen stoßen. Wir können den Menschen gar keine angemessene Versorgung im Land Bremen mehr bieten.

Darüber hinaus befürchten viele Menschen eine „steigende Kriminalität“ durch Migranten. Diese Verbindung mit dem vermehrten Zufluchtsstrom bringt auch der Senator für Inneres und Sport jüngst ins Gespräch als er verkündete: „Wir haben einen massiven Anstieg der Kriminalität durch ungesteuerte Zuwanderung“. Seine bisherige Erfolgsbilanz in diesem Zusammenhang ist relativ dürrig, es gibt seit Monaten vermehrt Raubstraftaten in der Bremer Innenstadt, der Drogenhandel am Hauptbahnhof floriert wie nie und auch das Unsicherheitsgefühl der Bremerinnen und Bremer nimmt immer weiter zu. Obwohl der Senator für Inneres und Sport allein im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs von 454 Straftätern spricht, die wegen Betäubungsmittelstraftaten aufgefallen sind und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, schob er im Jahr 2023 bislang lediglich zwei von ihnen ab. Im gesamten Jahr 2022 führte er insgesamt 26 Menschen aus dem Land Bremen zurück in ihre Heimatländer. Bei jeder Verkündung, er wolle von nun an härter durchgreifen, melden sich sogleich seine Koalitionskollegen der Fraktion DIE LINKE sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und nehmen ihm

dem Wind aus den Segeln, indem sie sagen, dass er damit bei ihnen nicht durchkommen werde. Und genau so war es bislang auch. Der Innensenator kündigte beispielsweise an, die organisierten Drogendealer vom Hauptbahnhof abschieben zu wollen, passiert ist aber sehr wenig. Zumindest auf Bundesebene ist eine Abschiebeoffensive geplant, deren Umsetzung jedoch Länderangelegenheit sein wird. Auch da wird es wieder auf die Bereitschaft der rot-grün-roten Bremer Regierung ankommen, ob sie an der Problemlage wirklich etwas ändern wollen, oder ob es seitens des Innensensors bei seinen Ankündigungen bleibt. Immerhin der Bundeskanzler Olaf Scholz spricht ausdrücklich von einer Abschiebeoffensive „im großen Stil“.

Antrag auf Fristverkürzung

Gemäß § 24 Absatz 2 Satz 2 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft beantragen wir die Beantwortung binnen drei Wochen, damit die Antwort des Senats zu diesem aktuell diskutierten Thema in der Dezember-Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) beraten werden kann.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Hinweis: Bitte bei der Beantwortung der Anfrage keine Fragen und Unterfragen miteinander verbinden!

Bitte des Weiteren für alle Fragen, wo es möglich ist, nach Bremen und Bremerhaven aufschlüsseln.

1. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Personen gibt es aktuell im Land Bremen (Stichtag 31. Oktober 2023)?
 - a) Aus welchem Land stammen diese Ausreisepflichtigen jeweils?
 - b) Wie viele Ausreisepflichtige haben eine Duldung und auf welchen Grund stützten sich die Duldungsverfügungen jeweils?
 - c) Wie hat sich die Zahl der ausreisepflichtigen Personen seit 2015 entwickelt (bitte in einer bildlichen Darstellung mittels Balkendiagramm angeben)?
2. Wie viele Abschiebungen haben bislang im Jahr 2023 aus dem Land Bremen stattgefunden?
 - a) In welche Länder erfolgten die Rückführungen jeweils?
 - b) Auf welche Gesetzesgrundlage stützte sich die Rückführung jeweils?
 - c) Wie viele Abschiebungen haben in der Zeit von 2015 bis 2022 jeweils im Jahr stattgefunden (bitte getrennt für beide

- Stadtgemeinden und mit dem jeweiligen Zielland sowie in einer bildlichen Darstellung als Balkendiagramm angeben)?
- d) Wie viele freiwillige Ausreisen gab es in dem gleichen Zeitraum pro Jahr (bitte getrennt für beide Stadtgemeinden und mit dem jeweiligen Zielland angeben)?
 - e) Welche Kosten sind durch die freiwilligen Ausreisen in dem Zeitraum pro Jahr jeweils und in Summe entstanden?
 - f) Welche Kosten sind durch die Abschiebungen und Abschiebeversuche in dem Zeitraum pro Jahr jeweils und in Summe entstanden?
3. Im Rahmen der Fragestunde in der Stadtbürgerschaft im Oktober 2023 antwortete der Senat, dass er 2023 insgesamt zwei Personen, die im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs aufgrund von Betäubungsmittel-delikten strafrechtlich in Erscheinung getreten sind, abgeschoben hat. Darüber hinaus gab es vor Ort seit Jahresbeginn bis zum 31. August 2023 insgesamt 1 382 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, wobei 834 individuell Beschuldigte registriert wurden und davon 454 Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (circa 54 Prozent) hatten. Inwieweit erachtet der Senat die zwei abgeschobenen Straftäter rund um den Bremer Bahnhof in Anbetracht der 454 registrierten Ausländer als Erfolg?
- a) Welche Staatsangehörigkeit haben die oben skizzierten 454 Personen jeweils?
 - b) Welchen Aufenthaltsstatus haben diese 454 Personen?
 - c) In wie vielen Fällen wurde eine Abschiebung bei diesen 454 Personen versucht und aus welchem Grund ist sie jeweils gegebenenfalls gescheitert?
 - d) Wie viele der 454 Personen erhalten welche Sozialleistungen?
 - e) Wie viele der 454 Personen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt?
4. Wie viele weitere Abschiebungen sind im Zeitraum von 2018 bis heute (Stichtag 31. Oktober 2023) jeweils versucht worden (bitte für die beiden Stadtgemeinden und die einzelnen Monate angeben)?
- a) Woran sind die Abschiebungen jeweils gescheitert?
 - b) Wie bewertet der Senat die jeweiligen Gründe, die die jeweilige Abschiebung verhindert haben und welche Möglichkeiten hat der Senat, diesen abzuwehren?

5. In welche Länder wird grundsätzlich aus Bremen abgeschoben?
6. In welche Länder wird grundsätzlich nicht abgeschoben (bitte für jedes Land begründen und tabellarisch aufführen, inwiefern die anderen 15 Bundesländer ebenfalls nicht in diese Länder abschieben?)
7. Wie würde der Senat seine Erfolge bei seinen Abschiebebemühungen in den letzten fünf Jahren beschreiben? Inwieweit plant der Senat in Anbetracht des „Gesetzes zur Verbesserung der Rückführung“ seine Abschiebep Praxis zu ändern und statt auf freiwillige Ausreisen auf tatsächliche Rückführungen zu setzen?

Dr. Wiebke Winter, Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU